S 35 AS 1930/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	19
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 35 AS 1930/20
Datum	22.12.2021

2. Instanz

Aktenzeichen	L 19 AS 193/22
Datum	07.07.2022

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung gegen den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 des Sozialgerichts Düsseldorf wird zurückgewiesen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

Tatbestand:

Â

Der 1972 geborene Kläger steht im laufenden Bezug von Grundsicherungsleistungen nach den Vorschriften des SGB II bei dem Beklagten.

Â

Mit Schreiben vom 24.04.2019 beantragte der Kläger bei dem Beklagten einen Zuschuss i.H.v. 75.000 Euro (für Computer, Drucker, Patronen und ändere Artikel) als Förderung für die Selbstständigkeit des Langzeitarbeitslosen und weitere Zahlung von monatlich 1.717,65 Euro für die Dauer von 3 Jahren. (75.000 Euro + 61.835,40 Euro = 136.835,40 Euro).



Am 27.08.2019 wurde dem Kläger mitgeteilt, dass seinem Antrag, so wie er aktuell vorliege, nicht entsprochen werden könne. Der Kläger legte auch auf Anfrage des Beklagten einen Businessplan bzw. ein Konzept und Nachweise über Beratungsgespräche im Hinblick auf die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit nicht vor.



Am 31.10.2019 wurde dem Kläger erneut mitgeteilt, dass für eine positive Entscheidung über seinen Antrag weitere Unterlagen (Businessplan, Rentabilitatsvorschau und Kapitalbedarfsplan) erforderlich seien. Entsprechende Unterlagen wurden auch in der Folge vom Kläger nicht vorgelegt.



Mit Bescheid vom 07.11.2019 lehnte der Beklagte den Antrag vom 24.04.2019 auf Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach [ 16b, 16c Abs. 1 SGB II](#) ab. Es könne keine positive Förderentscheidung ergehen, da eine positive Prognose über die künftige wirtschaftliche Tragfähigkeit der Selbstständigkeit aus den vorgelegten Unterlagen nicht abgeleitet werden könne. Eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit sei in Ermangelung von Unterlagen nicht möglich gewesen. Eine positive Ermessensentscheidung sei daher nicht möglich.



Mit Schreiben vom 29.11.2019 legte der Kläger Widerspruch ein. Die Leistungen zur Förderung einer Selbstständigkeit seien zu Unrecht abgelehnt worden. Es sei neben [ 16b](#) und [16c SGB II](#) auch auf [ 16i SGB II](#) abzustellen. Der Kläger sei bereit, die selbstständige Tätigkeit nur in Form eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses auszuüben, womit er sich im Rahmen seiner Selbstständigkeit selbst als Geschäftsführer anstellen würde. Entsprechend seien ihm als Arbeitgeber für die Anstellung seiner selbst als Arbeitnehmer Leistungen nach [ 16i SGB II](#) zu gewähren. Da die Förderung in Höhe eines  nach eigenen Angaben  Durchschnittsgehaltes eines Geschäftsführers einer Online-Firma in Höhe von 80.000 Euro bis 150.000 Euro wohl nicht in Betracht komme, sei zumindest auf das Gehalt eines Brokaufmannes abzustellen. Für die Berechnung eines solchen Gehaltes sei auf das Durchschnittsentgelt 2019 gem SGB VI in Höhe von 38.901 Euro abzustellen. Ergänzt um Sozialversicherungsbeiträge ergäben sich sodann zu

bewilligende Zuschüsse in folgenden Höhen:

- 46.632,60 Euro für das erste und zweite Jahr
- 42.742,50 Euro für das dritte Jahr
- 38.852,40 Euro für das vierte Jahr
- 34.962,30 Euro für das fünfte Jahr

(Summe: 209.822,40 Euro).

Die selbstständige Tätigkeit sei entsprechend zu.

Â

Bezüglich der begehrten Leistungen nach [Â§ 16b, 16c SGB II](#) konkretisierte der Kläger den benötigten Zuschuss auf eine Summe von insgesamt 22.500 Euro für die ersten fünf Jahre.

Â

Sein Vorhaben sei auch wirtschaftlich tragfähig. Bereits im ersten Jahr sei von einem monatlichen Gewinn von mindestens 12.000 Euro auszugehen. In den Folgejahren könne von einem monatlichen Gewinn von 12.000 Euro bis 20.000 Euro oder mehr ausgegangen werden. Diese Gewinne errechnet der Kläger in seinem Widerspruch auf der Basis vermeintlicher bzw. erhoffter Einkaufs- und Verkaufspreise, Umsatzmengen und Gewinnmargen in Bezug auf den Verkauf von Druckerpatronen, Tonern, Druckern und Computern. Eine Objektivierung seiner Angaben fand nicht statt.

Â

Der Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 als unbegründet zurück. Die Widerspruchsstelle schloss sich nach eigener Prüfung den Ausführungen in dem angefochtenen Bescheid an.

Â

Der Kläger hat am 08.06.2020 Klage erhoben. Er ist der Auffassung, ihm seien die begehrten Leistungen nach [Â§Â§ 16b, 16c](#) und [16i SGB II](#) zu gewähren.

Â

Er hat schriftsätzlich wörtlich beantragt,

Â

1. den Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME-aktiv-Geschäftszeichen: 01 aufzuheben und dem Kläger Zuschuss zur Selbstständigkeit für die berufliche Rehabilitation (Gründung der Firma-

T. und Verkauf der Ware in einem Online-Shop) gemäß § 16 i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II; 16b Nr. 1, 2 SGB II; [§ 16c Nr. 1](#), 2, 3 SGB II für einen Zeitraum von 5 Jahren in Höhe von 209.822,40 Euro (Zuschuss 100 % im ersten Jahr- 46.632,60 Euro; + Zuschuss 100 % im zweiten Jahr- 46.632,60 Euro; + Zuschuss 90 % im dritten Jahr- 42.742,50 Euro; + Zuschuss 80 % im vierten Jahr- 38.852,40 Euro; + Zuschuss 70 % im fünften Jahr- 34.962,30 Euro) für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis in Kläger Firma- T. mit monatlichen Gehalt von 3.241,75 Euro nebst Gesamtsozialversicherungsbeitrag aus dem Brutto von 3.241,75 Euro (Rentenversicherung- 301,48 Euro, Arbeitslosenversicherung- 38,90 Euro + Krankenversicherung- 254,48 Euro Pflegeversicherung- 49,44 Euro = 644,30 Euro = Gesamtbelastung Arbeitgeber- 3.886,05 Euro Monatlich) zu bewilligen damit die Firma T. erst mit diesen Zuschüssen gemäß § 16 1 Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II geändert werden kann,

Ä

- den Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME- aktiv- Geschäftszeichen: 01 aufzuheben und dem Kläger gemäß § 16 b SGB II; [§ 16 c Nr. 1](#),2,3 SGB II für Computer (2.000,- Euro); + für Software Miete € 12.000,- Euro (200,00 Euro im Monat d.h. 2.400,- Euro im Jahr x 5 Jahre = 12.000,- Euro); + Schulung € 3.500,- Euro; Startkapital € 5.000,00 Euro zu bewilligen.

Ä

Der Beklagte hat beantragt,

Ä

die Klage abzuweisen.

Ä

Das Sozialgericht hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 abgewiesen. Die Klage sei zulässig aber unbegründet. Bei den begehrten Leistungen handele es sich vollständig um Ermessensleistungen. Im Rahmen des Ermessens habe der Beklagten zu prüfen, ob der Kläger geeignet sei, die von ihm gewünschte zu fördernde Maßnahme auszuführen und bei einer Selbstständigkeit, ob diese tragfähig sei. Hinsichtlich der Tragfähigkeitsentscheidung habe der Kläger schon die von der Beklagten geforderten Unterlagen nicht zur Akte gereicht und nicht schlüssig dargelegt, dass eine Geschäftsidee tragfähig sei. Schon deswegen habe die Beklagte es zu Recht abgelehnt, den Kläger entsprechend zu fördern, zumal die Vorstellung des Klägers insbesondere der Höhe nach nicht nachvollziehbar sei. Jedenfalls aber bestehe kein Anspruch des Klägers auf die beantragte Förderung, da diese im Ermessen der Beklagten liege.

Â

Der Klager hat gegen die am 07.01.2022 zugestellte Entscheidung am 07.02.2022 Berufung eingelegt.

Â

Er ist u.a. der Auffassung, das Sozialgericht habe nicht ber einen Anspruch nach [16 i SGB II](#) entscheiden drfen, da die angefochtenen Bescheide insoweit keine Regelung enthielten. Entsprechend knne auch im Berufungsverfahren nur ber Ansprche nach [16b, 16c SGB II](#) entschieden werden. Bezglich der Ansprche nach [16i SGB II](#) sei auf das Klageverfahren vor dem Sozialgericht Dsseldorf S 35 AS 1730/21 abzustellen.

Â

Er hlt an seinem Klagebegehren auf Gewhrung von Leistungen nach [16i SGB II](#) und [16b, 16c SGB II](#) in wechselnder Hhe fest.

Â

Der Klager beantragt,

Â

1. den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Dsseldorf- Az: S 35 AS 1930/20 aufzuheben und den Rechtsstreit nach [159 Abs. 1 Nr. 2 SGG](#) zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Sozialgericht Dsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20 zurckzuverweisen,

Â

2. den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Dsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20; Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME-aktiv- Geschftszeichen: 01; Bescheid vom 07.11.2019 vom Jobcenter ME-aktiv-BG-Nummer: 02 aufzuheben und dem Klager Zuschuss zur Selbstndigkeit fr die berufliche Rehabilitation als Brokaufmann/Brokraft/Brottigkeit fr die Frderung eigene Einstellung als Arbeitgeber und Angestellte (Grndung der Firma- T. und Verkauf der Ware in einem Online-Shop) gem 16i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II fr einen Zeitraum von 5 Jahren in Hhe von 209.822,40 Euro (Zuschuss 100 % im ersten Jahr 46.632,60 Euro; + Zuschuss 100 % im zweiten Jahr 46.632,60 Euro; + Zuschuss 90 % im dritten Jahr 42.742,50 Euro; + Zuschuss 80 % im vierten Jahr 38.852,40 Euro; + Zuschuss 70 % im fnften Jahr- 34.962,30 Euro) fr eine sozialversicherungspflichtige Beschftigungsverhltnis in Klger Firma- T. mit monatlichen Gehalt von 3.241,75 Euro nebst Gesamtsozialversicherungsbeitrag aus dem Brutto von 3.241,75 Euro (

Rentenversicherung â€œ 301,48 Euro, Arbeitslosenversicherung â€œ 38.90 Euro + Krankenversicherung â€œ 254,48 Euro Pflegeversicherung â€œ 49,44 Euro = 644,30 Euro = Gesamtbelastung Arbeitgeber â€œ 3.886,05 Euro Monatlich) zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen damit die Firma T. erst mit diesen Zuschüssen gemäss Â§ 16i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II geändert werden kann und daraus Nettolohn, Steuer, Arbeitnehmeranteil und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung von dem Kläger für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis bezahlt werden kann,

Â

3. den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Düsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20; Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME-aktiv- Geschäftszeichen: 01; Bescheid vom 07.11.2019 vom Jobcenter ME-aktiv- BG- Nummer: 02 aufzuheben und dem Kläger Zuschuss zur Selbstständigkeit für die berufliche Rehabilitation als Bäcker/Bäckerkraft/Bäckerin (Gründung der Firma- T. und Verkauf der Ware in einem Online-Shop als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis) gemäss Â§ 16 b Nr. 1,2 SGB II; [Â§ 16 c Nr. 1](#) ,2,3 SGB II in Höhe von 36.500,00 Euro (d.h. für Computer- 2000,00 Euro + Software Miete- 12.000,00 Euro für 5 Jahre d.h. 200,00 Euro im Monat d.h. 2400,00 Euro im Jahr x 5 Jahre = 17.500,00 Euro + Startkapital von 5.000,00 Euro) für 5 Jahre zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen,

Â

4. den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Düsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20; Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME-aktiv- Geschäftszeichen: 01: Bescheid vom 07.11.2019 vom Jobcenter ME-aktiv- BG- Nummer. 02 aufzuheben und dem Kläger Zuschuss zur Selbstständigkeit für die berufliche Rehabilitation als Bäcker/Bäckerkraft/Bäckerin (Gründung der Firma-T. und Verkauf der Ware in einem Online-Shop als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis) gemäss [Â§ 16 c Nr. 1](#),2,3 SGB II in Höhe von 30.000.00 Euro (d.h. für Bäcker/Bäckerin Mietraum und Nebenkosten für die Firma- T. in Höhe von 500,00 Euro Monatlich x 12 Monate = 6000,00 Euro x 5 Jahre = 30.000,00 Euro) für 5 Jahre zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen,

Â

5. den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Düsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20; Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom Jobcenter ME-aktiv- Geschäftszeichen: 01; Bescheid vom 07.11.2019 vom Jobcenter ME-aktiv- BG- Nummer: 02 aufzuheben und dem Kläger Zuschuss zur Selbstständigkeit für die berufliche Rehabilitation als Geschäftsführer

für die Förderung eigene Einstellung als Arbeitgeber und Angestellte (Gründung der Firma T. und Verkauf der Ware in einem Online-Shop) gemäß § 16 i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II für einen Zeitraum von 5 Jahren in Höhe von 425.000,00 Euro (1 Jahr 93.265,20 Euro 100 % Zuschuss; 2 Jahr 93.265,20 Euro 100 %; 3 Jahr 85.485,00 Euro 90 % Zuschuss; 4 Jahr 77.704,80 Euro 80 % Zuschuss; 5 Jahr 69.924,60 Euro 70 % Zuschuss) berechnet aus dem Jahresbrutto von 77.802,00 Euro zusätzlich des auf dieser Basis berechneter pauschalierter Anteils des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag als Geschäftsführer der Firma T.- 15.463,20 Euro jährlich bzw. 1288,60 monatlich) dem Kläger zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen damit die Firma T. erst mit diesen Zuschüssen gemäß § 16 i Nr.1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II gegründet werden kann und daraus Nettolohn, Steuer, Arbeitnehmeranteil und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung von dem Kläger für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis bezahlt werden kann,

Ä

- den Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 vom Sozialgericht Düsseldorf- Az.: S 35 AS 1930/20 Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 vom -Jobcenter ME-aktiv- Geschäftszeichen: 01; Bescheid vom 07.11.2019 vom Jobcenter ME-aktiv- BG- Nummer: 02 aufzuheben und im Namen des Klägers Zuschuss für die Arbeitgeber für eine berufliche Rehabilitation als Bäcker/Bäckerin/Brotbacker/Brotbackerin bzw. für vergleichbare leichte Berufe bzw. Tätigkeiten für die Zuschüsse an die Arbeitgeber des Klägers in Höhe von 209.822,40 Euro für 5 Jahre gemäß § 16 i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II (Zuschuss 100 % im ersten Jahr 46.632,60 Euro; + Zuschuss 100 % im zweiten Jahr 46.632,60 Euro; + Zuschuss 90 % im dritten Jahr 42.742,50 Euro; + Zuschuss 80 % im vierten Jahr 38.852,40 Euro; +Zuschuss 70 % im fünften Jahr 34.962,30 Euro) berechnet aus der monatlichen Gehalt von 3.241,75 Euro nebst Gesamtsozialversicherungsbeitrag aus dem Brutto von 3.241,75 Euro) für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis, zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen bzw. im Namen des Klägers Zuschuss für die Arbeitgeber für eine berufliche Rehabilitation als Geschäftsführer einer Firma bzw. für vergleichbare leichte Berufe bzw. Tätigkeiten für die Zuschüsse an die Arbeitgeber des Klägers in Höhe von 425,000,00 Euro für 5 Jahre gemäß § 16 i Nr. 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10 SGB II (berechnet aus dem Gehalt von 6.483,50 Euro nebst Gesamtsozialversicherungsbeitrag aus dem Brutto von 6.483,50 Euro) für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis, zu bewilligen bzw. die Beklagte zur Bewilligung zu verurteilen,

Ä

- das Klageverfahren-Az.: S 35 AS 1930/20 mit dem Klageverfahren Az.: S

35 AS 1730/21 wegen Prozesswirtschaftlichkeit zu verbinden und in dem Klageverfahren- Az.: S 35 AS 1730/21 weiteren Rechtsstreit durchzuführen bzw. fortzuführen und über die Klageanträge Nr. 5; Nr. 6; Nr. 7; Nr. 8; Nr. 9 aus der Berufung vom 02.02.2022 in dem Klageverfahren- Az: S 35 AS 1730/21 zu entscheiden, denn der Sachverhalt vom Sozialgericht Düsseldorf nicht aufgeklärt worden ist,

Ä

8. die Rechtsfragen bzw. Beweisfragen Nr. 1 bis 9 aus der Berufung vom 02.02.2022 Aktenzeichen [L 19 AS 193/22](#) in der mündlichen Verhandlung und im Urteil zu beantworten und zu entscheiden (gemeint sind damit die Rechts- und Beweisfragen der Seiten 4, 5, 6, 7, 8, 9 aus der Berufungsschrift vom 02.02.2022),

Ä

9. eine neue mündliche Verhandlung in 6 Monaten vor dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Essen â Az. [L 19 AS 193/22](#) zu bestimmen und ein medizinisches Gutachten auf Kosten des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen Essen bzw. Land Nordrhein-Westfalen von amtswegen nach [Â§ 103 SGG](#) einzuholen bzw. in Auftrag zu geben damit von einem gerichtlichen Gutachter festgestellt werden kann, dass der Berufungskläger wegen seinem derzeitigen Gesundheitszustand als Rehabilitand anerkannt werden muss das Instrument [Â§ 16i SGB II](#) ab dem 01.01.2022 auch zusätzlich an den Berufungskläger als Rehabilitand im Beruf Bäcker/Bäckerkraft/Bäckerin bzw. Geschäftsführer einer Online-Shop- Firma bzw. Zuschüsse gemäß [Â§ 16i Abs. 1](#), 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9,10 SGB II für 5 Jahre in Höhe von 209.822,40 Euro bzw. 425.000,00 Euro von dem Jobcenter ME-aktiv erbracht werden können damit dem Berufungskläger längerfristige teilhabeorientierende Beschäftigungsperspektiven (für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis) eröffnet werden und der Berufungskläger durch die Zuschüsse gemäß [Â§ 16i Abs. 1](#), 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 SGB II in Höhe von 209.822,40 Euro bzw. 425.000,00 Euro durch Kombination mit einer Selbständigkeit bzw. Gewerbe (Firma T. diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis im Beruf Bäcker/Bäckerkraft/Bäckerin bzw. Geschäftsführer T.-Firma erschaffen kann bzw. finanzieren kann und diese mindestens 5 Jahre ausüben kann. Arbeitslosigkeit beenden kann und dadurch selbst seinen Lebensunterhalt verdienen kann, Sozialversicherungen, Steuern zahlen kann,

Ä

10. Ä zur Beurteilung des derzeitigen Gesundheitszustands des Berufungsklägers sollen bereits zu den vorgelegten medizinischen Feststellungen im Verfahren Az: L 19 AS 1933/22 folgende medizinische

Feststellungen bzw. Atteste berücksichtigt werden:

Â

Befund MRT des Schädelns vom 22.09.2021 vom Röntgeninstitut D.

Befund MRT der Halswirbelsäule vom 22.09.2021 Röntgeninstitut D.

Befund MRT der Brustwirbelsäule vom 28.03.2022 vom Radprax D.

Befund MRT der Lendenwirbelsäule vom 28.03.2022 Radprax D.

Befund MRT der Schulter links vom 24.11.2021 vom Radprax D.

Ärztliche Bescheinigung vom 17.09.2021 von Herrn Dr. U..

Â

Der Beklagte beantragt,

Â

die Berufung zurückzuweisen.

Â

Er hält die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend.

Â

Der Senat hat mit Beschluss vom 02.06.2022 die Berufung auf den Berichterstatter übertragen, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, deren wesentlicher Inhalte Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen ist.

Â

Entscheidungsgründe:

Â

Der Senat konnte in der Sache in der Besetzung mit dem Berichterstatter als Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Richtern entscheiden, weil die Voraussetzungen gemäß [Â§ 153 Abs. 5 SGG](#) vorliegen und der Senat die

Berufung mit Beschluss vom 02.06.2022 auf den Berichterstatter, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet, $\frac{1}{4}$ bertragen hat.

Â

Die Berufung wird zur $\frac{1}{4}$ ckgewiesen. Sie ist zul $\frac{1}{4}$ ssig aber unbegr $\frac{1}{4}$ ndet.

Â

Gegenstand des Berufungsverfahrens ist der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts D $\frac{1}{4}$ sseldorf vom 22.12.2021 sowie der Bescheid vom 07.11.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.05.2020 mit welchem der Beklagte Leistungen nach [Â§Â§ 16 b, 16c SGB II](#) abgelehnt hat.

Â

Die Berufung ist zul $\frac{1}{4}$ ssig. Insbesondere ist sie nach [Â§ 144 Abs. 1 S.1 Nr. 1 SGG](#) statthaft. Denn die Beschwer $\frac{1}{4}$ bersteigt den Betrag von 750,00 Euro. Der Wert des Beschwerdegegenstandes ist danach zu bestimmen, was das Sozialgericht dem Rechtsmittelkl $\frac{1}{4}$ ger versagt hat und was vom von diesem mit seinem Berufungsantrag weiterverfolgt wird. Bei einer Geldleistung ist daher der Wert des Beschwerdegegenstandes f $\frac{1}{4}$ r das Berufungsverfahren nach dem Geldbetrag zu berechnen, um den unmittelbar gestritten wird. Als ma $\frac{1}{4}$ geblicher Zeitpunkt f $\frac{1}{4}$ r die Bestimmung des Werts des Beschwerdegegenstandes ist auf die Einlegung der Berufung abzustellen. Der Kl $\frac{1}{4}$ ger begehrt Leistungen in H $\frac{1}{4}$ he von mehreren tausend Euro bzw. die Verurteilung des Beklagten zur ermessensfehlerfreien Entscheidung $\frac{1}{4}$ ber solche Leistungen.

Â

Die Berufung ist jedoch unbegr $\frac{1}{4}$ ndet.

Â

Das Verfahren ist nach Ansicht des Senats entgegen dem kl $\frac{1}{4}$ gerischen Antrag zu 1 nicht nach [Â§ 159 Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 SGG](#) an das SG zur $\frac{1}{4}$ ckzuverweisen. Die Voraussetzungen f $\frac{1}{4}$ r eine solche Zur $\frac{1}{4}$ ckverweisung liegen bereits nicht vor. Die Streitsache ist entscheidungsreif. Zudem steht eine Zur $\frac{1}{4}$ ckverweisung nach [Â§ 159 Abs. 1 Nr. 1](#) und auch nach Nr. 2 SGG im Ermessen (â $\frac{1}{4}$ kannâ $\frac{1}{4}$) des LSG (vgl. *Adolf, in: Schlegel/Voelzke, SGG, 1. Aufl. 2017, Stand: 15. Juli 2017, Â§ 159 Rdnr. 22*). Vorliegend sprechen nach Ansicht des Senats die bei der Ermessensaus $\frac{1}{4}$ bung zu beachtenden Gesichtspunkte der Prozess $\frac{1}{4}$ konomie und der z $\frac{1}{4}$ gigen Erledigung des Rechtsstreits (vgl. *Adolf, a. a. O., Â§ 159 Rdnr. 23; Keller, a. a. O., Â§ 159 Rdnr. 5a*) gegen eine Zur $\frac{1}{4}$ ckverweisung des Verfahrens an das SG.

Â

Das Sozialgericht hat die Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen.

Â

Dabei wÃ¤re die Klage hinsichtlich des ursprÃ¼nglichen Klageantrages zu 1. (Antrag zu 2 im Berufungsverfahren; erweitert um die AntrÃ¤ge 5 und 6) auf Leistungen nach [Â§ 16i SGB II](#) allerdings als unzulÃ¤ssig und nicht als unbegrÃ¼ndet abzuweisen gewesen (1). BezÃ¼glich der begehrten Leistungen nach [Â§Â§ 16b, 16c SGB II](#) (AntrÃ¤ge zu 3 und 4) hat das Sozialgericht die Klage zutreffend als unbegrÃ¼ndet abgewiesen (2).

Â

(1)

Die Klage ist hinsichtlich sÃ¤mtlicher sich auf [Â§ 16i SGB II](#) stÃ¼tzenden AntrÃ¤ge (Antrag zu 2, 5 und 6) bereits unzulÃ¤ssig. Soweit der KlÃ¤ger im Berufungsverfahren sein erstinstanzliches Begehren mit den AntrÃ¤gen zu 5 und 6 erweitert hat, handelt es sich um eine Klageerweiterung im Sinne des [Â§ 99 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#).

Â

Leistungen nach [Â§ 16i SGB II](#) sind jedoch nicht Gegenstand der mit der Anfechtungs- und Leistungsklage bzw. Anfechtungs- und Verpflichtungsklage angegriffenen Bescheide.

Â

Der angefochtene Bescheid vom 07.11.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.05.2020 enthÃ¤lt keine Regelung hinsichtlich eines Anspruchs nach [Â§ 16i SGB II](#). Der Bescheid vom 07.11.2019 erging bereits vor einer entsprechenden Beantragung. Auch der Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 enthÃ¤lt keine Regelung hinsichtlich eines Anspruchs nach [Â§ 16i SGB II](#), da er vollstÃ¤ndig auf den Ausgangsbescheid Bezug nimmt. Insoweit hat der KlÃ¤ger daher auch unter dem Aktenzeichen S 35 AS 567/21 eine UntÃ¤rtigkeitsklage gegen den Beklagten mit der Argumentation gefÃ¼hrt, der Bescheid vom 07.11.2019 und der Widerspruchsbescheid vom 12.05.2020 wÃ¼rden keine Entscheidung Ã¼ber Leistungen nach [Â§ 16i SGB II](#) enthalten bzw. Ã¼ber Teile des Anspruchs sei noch immer nicht entschieden.

Â

Der KlÃ¤ger ist auch selbst der Auffassung, Ã¼ber die AntrÃ¤ge 2, 5 und 6 kÃ¶nne (inhaltlich) nicht entschieden werden, da die Leistungen eben nicht Gegenstand der angefochtenen Bescheide seien. Dass er den Antrag zu 2 (entspricht Antrag 1 des Klageverfahrens) dennoch weiterverfolgt und durch die AntrÃ¤ge zu 5 und 6 sogar noch erweitert, erscheint vor diesem Hintergrund rechtsmissbrÃ¤uchlich.

Â

Ob der Anspruch nach [Â§ 16 i SGB II](#) verfahrensrechtlich wirksam Gegenstand des Klageverfahrens vor dem Sozialgericht DÃ¼sseldorf S 35 AS 1730/21 ist, bedarf hier keiner Entscheidung. Soweit der KlÃ¤ger mit seinem Antrag zu 7 eine Verbindung nach [Â§ 113 Abs. 1 SGG](#) des Verfahrens S 35 AS 1930/20 mit dem Verfahren S 35 AS 1739/21 begehrt, ist dies bereits verfahrensrechtlich nicht mÃ¶glich. Das Verfahren S 35 AS 1930/20 wurde bereits mit Gerichtsbescheid vom 22.12.2021 abgeschlossen. Eine Verbindung der Verfahren S 35 AS 1930/20 mit dem Verfahren [L 19 AS 193/22](#) ist nicht mÃ¶glich, da die Rechtsstreitigkeiten nicht am selben Gericht anhÃ¤ngig sind.

Â

(2)

Hinsichtlich der AntrÃ¤ge zu 3 und 4 ist die Klage unbegrÃ¼ndet. Soweit der KlÃ¤ger im Berufungsverfahren sein erstinstanzliches Begehren mit dem Antrag zu 4 erweitert hat, handelt es sich ebenfalls um eine Klageerweiterung im Sinne des [Â§ 99 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#).

Â

Die vom KlÃ¤ger erhobene kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage nach [Â§Â§ 54 Abs.1 und Abs. 4, 56 SGG](#), gerichtet auf die Verurteilung des Beklagten auf GewÃ¤hrung von Leistungen in HÃ¶he von 52.500 Euro nach [Â§Â§ 16b, 16c SGB II](#) ist unbegrÃ¼ndet. Die Entscheidung Ã¼ber die GewÃ¤hrung von Leistungen nach [Â§Â§ 16b, 16c SGB II](#) steht im Ermessen des Beklagten. Anhaltspunkte fÃ¼r eine Ermessenreduzierung auf Null zu Gunsten des KlÃ¤gers ergeben sich weder aus dem Akteninhalt noch aus den AusfÃ¼hrungen des KlÃ¤gers.

Â

Ebenfalls ist die in der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage i.S.v. [Â§ 54 Abs. 2 und 4 SGG](#) als Minus enthaltene Bescheidungsklage ([Â§ 54 Abs. 2 SGG](#)), gerichtet auf die Verurteilung des Beklagten, den Antrag des KlÃ¤gers unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu bescheiden ([Â§ 113 Abs. 2 SGG](#)), unbegrÃ¼ndet. Der KlÃ¤ger hat keinen bislang nicht erhÃ¼llten Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung hinsichtlich der von ihm begehrten FÃ¼rderung. In nicht zu beanstandender Weise hat der Beklagte den Antrag des KlÃ¤gers mit Bescheid vom 07.11.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.05.2020 abgelehnt.

Â

Der KlÃ¤ger hat bereits tatbestandlich keinen Anspruch auf Leistungen nach [Â§Â§ 16b, 16c SGB II](#). Leistungen nach [Â§Â§ 16b, 16c SGB II](#) kÃ¶nnen an SelbststÃ¤ndige nur erbracht werden, wenn eine positive Prognose hinsichtlich der wirtschaftlichen

Tragfähigkeit der Tätigkeit besteht (vgl. BSG, Beschluss vom 14.06.2021 [B 14 AS 113/20 BH](#) m.w.N.). Bei dieser (positiven) Prognose handelt es sich um ein Tatbestandsmerkmal in Form eines unbestimmten Rechtsbegriffes, welcher der vollen gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Bezugspunkt ist die letzte Verwaltungsentscheidung [hier der Widerspruchsbescheid des Beklagten vom 12.05.2020](#) (vgl. BSG, Urteil vom 05.08.2015 [B 4 AS 46/14 R](#)).

Â

Der Beklagte hat eine solche positive Prognose zu Recht nicht angenommen. Eine solche konnte zum Zeitpunkt der letzten behördlichen Entscheidung nicht getroffen werden, da der Kläger hierfür erforderliche belastbare Unterlagen (Rentabilitätsberechnung, Businessplan, Kapitalbedarfsplan) auch auf Anforderung nicht einreichte. Es kann dahinstehen, ob, sofern der Kläger nicht Willens oder nicht im Stande ist, entsprechende Unterlagen vorzulegen, sich daraus bereits durchgreifende Zweifel an den kaufmännischen und unternehmerischen Fähigkeiten des Klägers ergeben. Denn ohne die angeforderten Unterlagen war eine objektive Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Tätigkeit nicht hinreichend möglich. Die in keiner Form objektivierten Gewinnerwartungen des Klägers auf der Basis spekulierter bzw. erhoffter Einkaufs- und Verkaufspreise, Umsatzmengen und Gewinnmargen insoweit nicht.

Â

Den Anträgen zu 8 bis 10 war nicht zu entsprechen. Die vom Kläger aufgeworfenen Rechtsfragen und gestellten Beweisanträge waren nach den obigen Ausführungen und sofern dort nicht angesprochen für die Entscheidung über die gestellten Sachanträge zu 2 bis 6 nicht erheblich. Entsprechend bestand auch kein Grund für weitere Ermittlungen und/oder die Vertagung der mündlichen Verhandlung.

Â

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193 SGG](#).

Â

Gründe für die Zulassung der Revision ([Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1, 2 SGG](#)) bestehen nicht.

Â

Erstellt am: 22.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024